

Michael Böheim

## Zur Renaissance der Industriepolitik

### Ein neuer umfassender Politikansatz oder nur alter Wein in neuen Schläuchen?

**Industriepolitik steht aktuell auf der wirtschaftspolitischen Agenda wieder hoch im Kurs. Mit der Entwicklung seines Konzepts einer "Systemischen Industrie- und Innovationspolitik" hat Karl Aiginger maßgeblich zur theoretischen Fundierung dieser "neuen" Industriepolitik beigetragen. Die Diskrepanz zwischen Industriepolitik als theoretischem Anspruch und ihrer Anwendung in der Praxis bleibt aber nach wie vor unaufgelöst groß.**

E-Mail-Adresse: [Michael.Boeheim@wifo.ac.at](mailto:Michael.Boeheim@wifo.ac.at)

Wie Bayer (2013) überzeugend anmerkt, war Karl Aiginger einer der Pioniere – seine ersten Arbeiten reichen in die 1970er-Jahre zurück – der modernen empirischen Industrieökonomie und -politik in Österreich. Besonders hervorzuheben ist sein beharrliches Streben, industrieökonomische Erkenntnisse empirischen "Praxistests" zu unterziehen und daraus fundierte Empfehlungen für die (praktische) Industriepolitik abzuleiten. Die österreichische Industriepolitik der 1990er-Jahre, die besonders durch erfolgreiche Restrukturierung und Privatisierung insolventer Unternehmen der verstaatlichten Industrie geprägt war, konnte Karl Aiginger auch als langjähriges Aufsichtsratsmitglied und Berater der ÖIAG maßgeblich mitgestalten.

Obwohl sich aufgrund seiner Aufgaben als späterer Leiter des WIFO sein Forschungsinteresse stärker zu makroökonomischen Themen erweiterte, steht doch die Industriepolitik während seiner ganzen Laufbahn als theoretischer und empirischer Ökonom im Zentrum von Aigingers Forschungsprogramm. So ist es kein Zufall, sondern das Ergebnis konsequenter strategischer Planung und beharrlichen Engagements, dass 40 Jahre, nachdem Karl Aiginger in das seinerzeitige Industriereferat des WIFO eintrat, der Industriepolitik eine wichtige Rolle in der Entwicklung einer neuen Wachstumsstrategie für Europa zugedacht ist, im Rahmen des großen interdisziplinären Forschungsprojektes WWWforEurope – Welfare, Wealth and Work for Europe unter der Federführung von Karl Aiginger.

Zur Würdigung sowohl der Person Karl Aigingers als auch der Industriepolitik als eines seiner wichtigsten anhängigen Forschungsthemen soll im Folgenden die wechselvolle Geschichte der Industriepolitik anhand der Ideen und Beiträge zur theoretischen Debatte des hier geehrten "vir oeconomicus" (Bayer, 2013) kurz skizziert werden.

Nach ihrer Hochblüte in den 1970er- und 1980er-Jahren war Industriepolitik bis zu den 1990er-Jahren sehr unpopulär geworden. Auf Betreiben der Europäischen Kommission wurde die stark sektoral geprägte Betrachtung aufgegeben, und der horizontale Ansatz fand Eingang in die wirtschaftspolitischen Analysen und Empfehlungen; gleichzeitig aber verlor Industriepolitik an Bedeutung als eigener Politikbereich, zugunsten von Bestrebungen zur Verbesserung des Wettbewerbsklimas und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Neues Interesse an Industriepolitik auf europäischer Ebene entstand erst in den 2000er-Jahren, als die Europäische Kommission im Rahmen ihres laufenden For-

---

**Karl Aiginger als  
Pionier der Industrie-  
politik in Österreich**

---

**Das neu erwachte  
Interesse an  
Industriepolitik**

schungsprojektes mit dem WIFO zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Sachgütererzeugung dem Institut den Auftrag zu einem Bericht zur Industriepolitik erteilte; in diesem Bericht entwickelten Aiginger – Sieber (2006, 2005) die Grundlagen für den (seinerzeit) neuen "Matrix-Ansatz" der Kommission zur Industriepolitik.

Vier Umstände können dieses neue Interesse an Industriepolitik erklären (Aiginger, 2007):

- Mit der Globalisierung gingen einerseits herkömmliche Politikinstrumente verloren (z. B. Zölle, Subventionen usw.), andererseits beschleunigten sich dadurch Wandel und Dynamik vieler Volkswirtschaften. In den hochentwickelten Ländern entstand die Sorge, dass manche Schlüsselbranchen in Niedriglohnländer abwandern könnten, mit der Gefahr von Entindustrialisierung, Produktionsverlagerung und unfairem Wettbewerb durch niedrige Löhne, Sozial- oder Umweltstandards.
- Die "Lissabon-Agenda" der EU setzte ein Wachstumsziel von 3% pro Jahr, mit dem Anspruch für Europa, die wettbewerbsstärkste Wirtschaftsregion der Welt mit auf Wissen basierendem Wachstum zu werden. Dieser Anspruch der dynamischen Wettbewerbsfähigkeit, wenngleich noch unerfüllt, und viele ihm dienende Ziele und Vorgaben (für Forschungsausgaben, Universitäten, Beschäftigungsquote, lebenslanges Lernen) können als Agenda für eine neue Industriepolitik aufgefasst werden.
- Das Wirtschaftswachstum hat sich in Europa verlangsamt, die Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch. Das Binnenmarktprogramm im Allgemeinen und der rein marktwirtschaftliche Ansatz von Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung förderten Wachstum und Beschäftigung nicht so rasch und in dem Ausmaß wie erwartet.
- Nach einer Periode des Verzichtes auf Staatsintervention schenkten die neuen EU-Mitgliedsländer der Struktur und Dynamik des Industriesektors zunehmend Aufmerksamkeit; sie überprüften die strategischen Optionen, die Länder im wirtschaftlichen Aufholprozess haben, ohne zur sozialistischen Planwirtschaft zurückzukehren.

---

## Was ist eigentlich "Industriepolitik"? – die Sicht von Karl Aiginger

Industriepolitik ist einer der umstrittensten Bereiche der Wirtschaftspolitik. Umfang, Instrumente und Begründung sind je nach Land unterschiedlich, haben sich über die Zeit geändert, und auch die Ziele und Ergebnisse sind oft durchaus verschieden.

Industriepolitik umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen, manche von ihnen werden ausdrücklich unter diesem Titel ergriffen. Oft wird jedoch Industriepolitik implizit unter anderem Namen betrieben, so etwa im Zusammenhang mit der Bereitstellung von physischer oder immaterieller Infrastruktur, öffentlicher Beschaffung und Landesverteidigung, Fusionskontrolle, Anti-Dumping-Verfahren oder Beschäftigungssicherung. Industriepolitik ist auch eng verwandt mit anderen Politikbereichen wie Regional-, Bildungs- und nicht zuletzt Innovationspolitik. Erhebliche Unterschiede bestehen nicht nur in der "Philosophie" von Industriepolitik, sondern auch in der Praxis, sowohl im Zeitverlauf als auch im internationalen Vergleich.

Um den Umfang der Industriepolitik zu bestimmen, wurden viele Definitionen entwickelt<sup>1)</sup>. Interessanterweise lassen sich diese Definitionen am besten nicht durch ihre gemeinsamen Merkmale zusammenfassen, sondern durch ihre Auffassungsunterschiede. Aiginger (2007) fand in folgenden Differenzen wesentliche Merkmale:

- sektorale Ziele versus horizontale Maßnahmen mit Wirkung auf viele oder alle Industriezweige (*sektoral versus horizontal*);
- Maßnahmen, die vorwiegend große Unternehmen restrukturieren und häufig die Anpassung bremsen, versus Förderung von Marktzutritt, Unternehmertum, positiven Ausstrahlungseffekten und Innovationen (*passiv versus aktiv*);

---

<sup>1)</sup> Ein Überblick über die Definitionsvorschläge findet sich im Anhang zu Aiginger (2007).

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch bessere Rahmenbedingungen versus Ad-hoc-Intervention zugunsten bestimmter Unternehmen, Regionen oder Branchen (allgemeine Maßnahmen versus "picking the winners"); Erhaltungssubventionen (aus politischen Gründen) versus Innovationsförderung;
- Ausbildung und andere "dynamische Maßnahmen" (Restrukturierung versus Förderung positiver externer Effekte).

In der Absicht, die Haltung der Skeptiker und der Befürworter von Industriepolitik in Einklang zu bringen, schlug Aiginger (2007) eine Kompromissformel mit Betonung des strategischen Charakters von Industriepolitik vor: Er definiert sie als "eine Reihe von Maßnahmen, die ein günstiges Umfeld für Unternehmen und für die Anpassung der Produktion an Änderungen in der heimischen und internationalen Nachfrage schaffen". Diese breite Definition bildet den Kern für die Weiterentwicklung des Begriffes der Industriepolitik durch Karl Aiginger, wie etwa den "Matrix-Ansatz" oder die "Systemische Industrie- und Innovationspolitik".

Unter anderem dank der theoretischen Vorarbeiten von Aiginger – Sieber (2006, 2005) entwickelte die Europäische Kommission (2002, 2003, 2004, 2005) ein (damals) neues industriepolitisches Konzept, ausgehend von der Notwendigkeit der Struktur-anpassung, der Sorge um De-Industrialisierung und der Neuordnung der wirtschaftlichen Landschaft durch EU-Erweiterung und Globalisierung. Im Wesentlichen besagt der neue Ansatz, dass Industriepolitik zwar ihre horizontale Ausrichtung behalten und geeignete Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit schaffen soll, dabei aber auch die speziellen Bedingungen und Bedürfnisse einzelner Branchen berücksichtigen muss. Im Bewusstsein der unterschiedlichen Wirkung horizontal ausgerichteter Politik auf einzelne Branchen können ergänzende Maßnahmen zur jeweils gegebenen Situation nötig sein. Da sowohl Branchen als auch Instrumente in eine umfassende Matrix integriert werden, wird dieser holistische Ansatz von seinen Autoren als "Matrix-Ansatz" der Industriepolitik bezeichnet (Aiginger – Sieber, 2006, 2005).

Indem er den alten Gegensatz zwischen sektoraler und horizontaler Politik abschwächte, schuf dieser Begriff die Grundlage für eine stärker systemische Betrachtung der Industriepolitik. Einerseits behält der horizontale Ansatz seine Funktion als Leitidee zugunsten von generellen statt branchenspezifischen oder selektiven Maßnahmen; andererseits berücksichtigt er, dass horizontale Maßnahmen deutlich unterschiedliche Wirkungen auf einzelne Branchen haben können.

Auf der Grundlage des Matrix-Ansatzes entwickelte Karl Aiginger den Begriff der Industriepolitik weiter zu der von ihm so genannten "Systemischen Industriepolitik" (SIP) (Aiginger, 2007) und später zur "Systemischen Industrie- und Innovationspolitik" (SIIP; Aiginger, 2012).

Das Ziel der "Systemischen Industrie- und Innovationspolitik" (SIIP) ist, die dynamische Wettbewerbsfähigkeit einer Region oder eines Landes im Sinne von Wachstum, sozialem Zusammenhalt und Umweltbewusstsein zu fördern. Sie versteht sich als Instrument, um die Strategie "Europa 2020" und andere nationale Entwicklungsstrategien umzusetzen. Sie bietet auch die Grundlage für eine nationale (oder regionale) Wirtschaftspolitik in Ergänzung zur Globalisierung (Aiginger, 2007, 2012, 2013).

Die SIIP ist keine Politik ausschließlich für die Sachgütererzeugung oder einzelne ihrer Teilbereiche, sondern beeinflusst ein breites Spektrum von Wirtschaftszweigen, einschließlich der Dienstleistungen, in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Kontext. Sie bedient sich und entwickelt Synergien mit anderen Politikbereichen wie Bildungs-, Innovations-, Regional-, Wettbewerbs- oder Gesundheitspolitik sowie den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Politikbereiche mit den größten Synergien können je nach Grad der Technologieintensität wechseln, doch treten möglicherweise im Verbund mit der Bildungs-, Liberalisierungs- und nicht zuletzt der Innovationspolitik die größten Synergien auf.

Systemische Industriepolitik braucht breite Unterstützung durch die Wirtschaftssubjekte und die Politik. Sie stützt sich auf Institutionen und formt diese gleichzeitig; sie be-

---

## Der Matrix-Ansatz der Industriepolitik

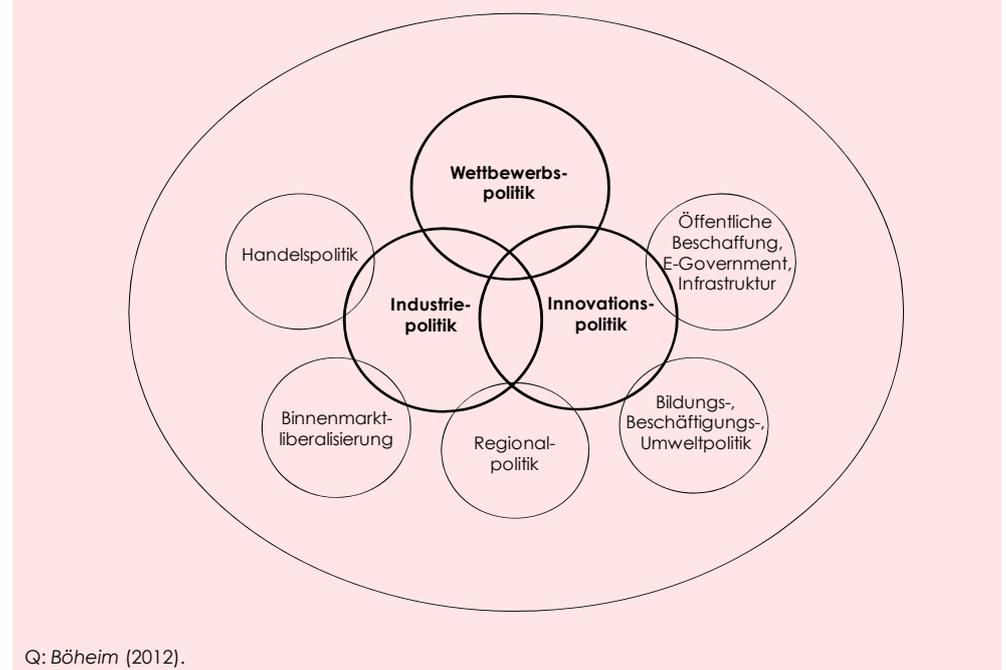
---

## Systemische Industrie- und Innovationspolitik

### Begriff

zieht ihr Wissen von den Unternehmen und kooperiert mit ihnen. Sie muss sich aber auch gegen eine Vereinnahmung durch Partikularinteressen verwehren. So sie Erfolg haben soll, muss sie auf einem langfristigen Konsens aufbauen, einer Vision über die Richtung, in die sich die Wirtschaft eines Landes oder einer Region bewegen muss; sie muss in ihre Aktionen Interessenvertreter und Experten aus der Wirtschaftsforschung, den Unternehmen, dem Bildungssystem, der Sozial- und der Umweltpolitik einbeziehen. Da die SIIP langfristig angelegt ist, ist prinzipielle Klarheit über die Zukunftsstrategie wichtiger als Detailwissen über aktuelle Vorgänge. Eine stärker interventionistisch ausgerichtete Industriepolitik wie sektorales "fine tuning" oder Unterstützung einzelner Unternehmen in Schwierigkeiten würde viel größere Detailkenntnis seitens der offiziellen Stellen erfordern.

Abbildung 1: Systemische Industrie- und Innovationspolitik



Die SIIP beschränkt sich nicht auf die Internalisierung von positiven externen Effekten, die zahlreich und rasch wachsend in einer wissensbasierten Gesellschaft auftreten. Sie fördert und formt externe Effekte und Fähigkeiten, speziell jene, die für die entsprechende Region und ihren aktuellen Entwicklungsstand von Bedeutung sind. Sie erhebt nicht den Anspruch vollkommener Voraussicht, sondern setzt ihr Wissen über allgemeine Entwicklungstendenzen und Bestimmungsfaktoren von Wettbewerb und Wettbewerbsvorteilen ein. Sie liefert die nötigen Erkenntnisse über die künftige Wettbewerbsposition und ermöglicht so Volkswirtschaften den Aufstieg zu höherer Wertschöpfung und Wohlstand. SIIP bedeutet daher viel mehr, als bloß die statischen Rahmenbedingungen zu gestalten und das Ergebnis abzuwarten.

SIIP ist als (notwendige) begleitende Politik zur Globalisierung konzipiert. Letztere steigert den Wohlstand ebenso wie die Öffnung von Grenzen, wenngleich aus ihr möglicherweise, oder sogar mit hoher Wahrscheinlichkeit, Gewinner und Verlierer hervorgehen. Die Verlierer erhalten keine Entschädigung, und die Gewinne werden nicht allen Teilen der Gesellschaft zugutekommen. Außerdem kennt Globalisierung keine Unterschiede in der ökonomischen Entwicklung, gesellschaftlichen Präferenzen und kulturellen Belangen. Systemische Industrie- und Innovationspolitik verbreitert und verbessert den Bildungsstand, verschafft den Verlierern Umschulungsmöglichkeiten, bringt das lokale Bildungssystem in Verbindung mit dem Bedarf internationaler Unternehmen und befähigt Private und Unternehmen, den wirtschaftlichen Wandel zu ihrem Vorteil zu nutzen. Sie entwickelt und verbreitert die Basis heimischer Unternehmen und vernetzt sie mit multinationalen Unternehmen.

Im Vergleich zu herkömmlicher Industriepolitik legt systemische Industriepolitik weniger Wert auf

- Umstrukturierung,
- Unterstützung strukturschwacher Branchen,
- politisch motivierte Argumente,
- Selektion von Zukunftsbranchen im engeren Sinn, Großprojekten und "nationalen Champions",
- materielle Investitionen (Subventionen)

und vertraut mehr auf

- langfristige Entwicklungstendenzen,
- regionale Cluster,
- (immaterielle) Infrastruktur, Kooperation zwischen Unternehmen, Experten, Funktionsträgern (Interessenvertretern),
- Wissen als wichtigstes Vehikel der Transformation,
- externe Effekte (Innovation, Bildung, lebenslanges Lernen),
- Anreize, Umschulung, soziale und ökologische Ziele,
- Technologien mit doppeltem Ertrag,
- grenzüberschreitende Initiativen.

Die Systemische Industrie- und Innovationspolitik wurde auf politischer Ebene in Europa rasch rezipiert, vor allem durch die EU-Binnenmarktstrategie (*Monti*, 2010) und die sie ausführenden Programme (*Europäische Kommission*, 2010, 2012). Auf multinationaler Ebene ist auch das wiedererwachte Interesse der OECD an einer integrierten Industriepolitik festzustellen (*OECD*, 2013, *Warwick*, 2013).

Die EU-Binnenmarktstrategie (*Monti*, 2010) spricht offen von den "Möglichkeiten einer aktiven Industriepolitik". Dass Industriepolitik auf EU-Ebene (wieder) als wirtschaftspolitische Option diskutiert wird, bedeutet einen Paradigmenwechsel, der sich schon lange abgezeichnet hat. Der Primat der (horizontalen) Wettbewerbspolitik findet damit ein abruptes Ende; Wettbewerbspolitik soll nunmehr in den Dienst der (mehr oder weniger sektoralen) Industriepolitik gestellt werden. Der Monti-Bericht empfiehlt explizit eine "vorausschauende Industriepolitik", die alle Synergien zwischen Wettbewerbspolitik einerseits und Industrie- und Innovationspolitik andererseits nutzt. Diese drei Kernbereiche werden durch andere Politikfelder ergänzt, u. a. durch Handels-, Regional- und Bildungspolitik (Abbildung 1). In der Praxis erfordert dieser Ansatz "vertikale Faktoren" für strategische Unterstützung von "zukunftssträchtigen Branchen", zu denen etwa "Energie, innovative Branchen und umweltfreundliche Verfahren" gezählt werden.

Wie eine empirische Studie aus neuerer Zeit (*Lin – Monga*, 2010) zeigt, kann Industriepolitik nur unter sehr eng definierten Bedingungen erfolgreich sein. Demnach sind die Chancen einer nationalen Industriepolitik umso größer, je mehr sie sich auf bestehende nationale Wettbewerbsvorteile stützt, je stärker sie einem Markttrend folgt und je enger der unterstützte Bereich mit wichtigen hoheitlichen Kompetenzen und Interessen verbunden ist. Beispiele für erfolgreiche Industriepolitik sind, im Gegensatz zu Fehlschlägen, äußerst selten; Kollateralschäden für nicht unterstützte Branchen und für die Wirtschaft als Ganzes werden meist vernachlässigt. Statt mutmaßliche "Gewinner" zu fördern, werden nur allzu oft "Verlierer" gerettet (*The Economist*, 2010).

Das offene Bekenntnis zur gezielten Förderung von bestimmten Wirtschaftszweigen auf europäischer Ebene kommt umso überraschender, als es von einem vormaligen Wettbewerbskommissar der EU abgelegt wird: Es widerspricht weitgehend der früheren bewährten Doktrin der horizontalen Maßnahmen. Dem neuen Ansatz liegt die (unrichtige) politische Überzeugung zugrunde, dass durch gezielte Staatseingriffe in bestimmte Sektoren "Schlüsselbranchen" oder "nationale Champions" geschaffen werden können, die in der Lage sind, als Global Players den Weltmarkt zu beherrschen. In der Praxis erweisen sich solche politisch geförderte nationale Champions typischerweise einerseits als zu klein, um tatsächlich eine führende Rolle auf dem

---

## Rezeption, Bewertung und Kritik

Weltmarkt spielen zu können, und andererseits als zu groß für den Inlandsmarkt, so dass sie dort den Wettbewerb behindern (Tichy, 2002).

Die Auffassung, Versuche des Staates die Angebotsstruktur der Wirtschaft zu lenken sollten vermieden werden, ist weitgehend Konsens in der Ökonomie, falls nicht triftige Gründe für Marktversagen vorlägen. Dieser Grundsatz gilt auch für den Zusammenhang zwischen Produktion und internationalem Handel. Ebenso wenig wie Politik und Bürokratie in der Lage sind einzuschätzen, welche Waren und Dienstleistungen produziert werden sollen, können sie feststellen, welche Waren und Dienstleistungen besser aus dem Ausland bezogen als im Inland erstellt werden sollen. Solche Entscheidungen werden am besten dem Markt überlassen, der Verhalten und Entscheidungen von Millionen Unternehmen (Verkäufern) und Konsumenten (Käufern) koordiniert. Eine Politik der staatlichen Förderung nationaler Champions, die in diesen Mechanismus eingreift, indem sie ein Unternehmen oder eine Branche zulasten einer anderen bevorzugt, läuft diesem Prinzip zuwider und schadet langfristig der gesamten Wirtschaft (Monopolkommission, 2004).

Eine aktive Industriepolitik kann auch nicht durch eine strategische Außenhandelsorientierung begründet werden. Das einem solchen Ansatz zugrundeliegende theoretische Modell abstrahiert zu sehr von der Problematik, wie die "richtigen" Technologien, Unternehmen und Branchen ermittelt werden können, sowie von den Anreizeffekten staatlicher Förderung. Der Wettbewerb als Vehikel von Innovation sowie als Entdeckungsverfahren für neue Technologien ist in diesem Konstrukt seiner Funktion beraubt. Statt eine strategische Handelspolitik zu verfolgen, sollte sich die Europäische Union besser für weitere Liberalisierung des Welthandels und den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen einsetzen<sup>2)</sup>. Langfristig ist eine proaktive Wettbewerbspolitik nach wie vor die beste Art von Industriepolitik, denn die Probleme der empirischen Anwendung alternativer Konzepte wachsen progressiv mit dem Grad ihrer Differenzierung und Verfeinerung (Böheim, 2010, 2011).

## Zusammenfassung und Fazit

Systemische Industrie- und Innovationspolitik (SIIP), wie von Aiginger (2007, 2012, 2013) entwickelt, ist als *theoretischer* Rahmen gut geeignet für die Industriepolitik der Praxis. SIIP unterscheidet sich erheblich von Politikansätzen der Vergangenheit und ist politisch im Aufwind dank der Strategie "Europa 2020" wie auch des EU-Binnenmarktprogrammes. Sie versteht sich als Ergänzung zur Globalisierung, indem sie deren Vorteile zum Tragen bringt und potentiellen Verlierern neue Chancen eröffnet. SIIP unterstützt elementare Bildung, Qualifizierung und unternehmerische Initiative in Entwicklungsländern, fördert ausländische Direktinvestitionen und Export in Schwellenländern und verbindet sich mit Innovationsstrategien, Umweltschutz, Clusterbildung und dynamischer Wettbewerbsfähigkeit in den hochentwickelten Volkswirtschaften. Ihrer Idee nach geht SIIP über die Beseitigung von Marktunvollkommenheiten hinaus, sie nutzt die Gesetze der Ökonomie, relative Wettbewerbsvorteile und wechselnde Formen der Spezialisierung. Sie berücksichtigt die Grenzen des Wissens der Politik wie auch der Unternehmen und vertraut auf wechselseitiges Lernen und Kooperation von Unternehmen, Interessenvertretungen und Bürokratie.

Zum Unterschied von ausgefeilten theoretischen Konzepten wie SIIP ist Industriepolitik in der realen Welt oft wenig durchdacht, und gute Absichten der Politik werden durch schlechte Planung getrübt oder gar durch mangelhafte Ausführung vereitelt. Die Diskrepanz zwischen Industriepolitik als theoretischem Anspruch und ihrer Anwendung in der Praxis ist nach wie vor groß. Der Bevölkerung dieses schwierige Wechselspiel verständlich nahezubringen, ist die größte Herausforderung für die Politik. Auf diesem Gebiet hat Karl Aiginger als Industrieökonom und qualifizierter Berater von EU und OECD in den letzten 40 Jahren entscheidend beigetragen. Wie das ambitionierte Programm seines derzeit wichtigsten Forschungsprojektes WWWforEurope zeigt, das eine neue umfassende Strategie für Wohlfahrt, Reichtum und Arbeit

<sup>2)</sup> Eine zügige Realisierung der aktuell auf politischer Ebene diskutierten transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) zwischen den USA und der EU wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

("welfare, wealth and work") in Europa entwerfen soll, ist Karl Aiginger mit ungebrochenem Engagement dabei, die Debatte über die Industriepolitik der Zukunft weiterhin aktiv mitzugestalten.

- Aiginger, K., "Industrial policy: a dying breed or a re-emerging phoenix", in "Special issue on the Future of Industrial Policy", Journal of Industry, Competition and Trade, 2007, 7(3+4), S. 297-323.
- Aiginger, K., "A Systemic Industrial Policy to Pave a New Growth Path for Europe", WIFO Working Papers, 2012, (421), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43653>.
- Aiginger, K., "The 'Greening' of Industrial Policy, Headwinds and a Possible Symbiosis", WIFO Working Papers, 2013, (450), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46710>.
- Aiginger, K., Sieber, S., Towards a renewed industrial policy in Europe, in: Background Report of the Competitiveness of European Manufacturing, Europäische Kommission, GD Unternehmen und Industrie, Brüssel, 2005.
- Aiginger, K., Sieber, S., "The Matrix Approach to Industrial Policy", International Review of Applied Economics, 2006, 20(5), S. 573-603.
- Bayer, K., "Vir Oeconomicus: Dem Industrieökonom und Kollegen Karl Aiginger zum 65. Geburtstag", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(12), S. 939-942, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/47075>.
- Böheim, M., "Wettbewerbspolitische Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 987-992, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/37864>.
- Böheim, M., "Wettbewerbspolitik nach der Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(10), S. 831-846, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/40600>.
- Böheim, M., "Competition Policy in Times of Economic Crisis", in Farmer, K., Financial Crises: Causes, Management, and Economic Impacts, New York, 2012.
- Europäische Kommission, Industrial policy in an enlarged Europe, COM(2002) 714, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission, Some key issues in Europe's competitiveness – towards an integrated approach, COM(2003) 704, Brüssel, 2003.
- Europäische Kommission, Fostering structural change: An industrial policy for an enlarged Europe, COM(2004) 274, Brüssel, 2004.
- Europäische Kommission, Implementing the Community Lisbon Programme: A policy framework to strengthen EU manufacturing – towards a more integrated approach for industrial policy, COM(2005) 474 final, Brüssel, 2005.

## Literaturhinweise

### *Some Remarks on the Resurrection of Industrial Policy: New Integrated Policy Concept or Just Old Wine in New Tubes? – Summary*

Systemic Industrial and Innovation Policy as defined by Aiginger (2007, 2012, 2013) is a very well developed *theoretical* framework for "real world" industrial policy. SIIP differs decisively from policies of the past, and has been receiving a real-world impetus from both the EU 2020 and the EU Internal Market Strategy. It is designed as the complementary policy to globalisation, increasing its benefits and empowering potential losers. SIIP supports basic education, training and entrepreneurship in developing countries, promotes FDI and exports in catching-up economies and merges with innovation strategies, environmental protection and cluster policy and dynamic competitiveness in high income countries. Its underlying concept goes beyond combating market failures, as it builds on economic laws, comparative and competitive advantages and changing specialisation patterns. It takes into account limited knowledge on the part of both policy makers and companies, mutual learning and co-operation between firms, institutions and government.

In contrast to well elaborated theoretical concepts like SIIP, real world industrial policy is often poorly designed, and the underlying good intentions of policy makers are overshadowed by bad (and sometime even counter-productive) outcomes. The dichotomy between industrial policy on a theoretical level and its empirical application to real-world problems remains large. The most challenging task for policy-makers is to bring home to the public these complex interactions in an intelligible form. This is the area where Karl Aiginger as an industrial economist and high-level adviser on international level to the European Union and the OECD has made a substantial policy contribution over the past forty years. As the ambitious agenda of WWWforEurope, his current number-one research project with the overarching goal of nothing less than designing a new comprehensive socio-economic strategy for Europe based on welfare, wealth and work, suggests, Karl Aiginger is seriously committed to actively shape the discussion about industrial policy in the future.

- Europäische Kommission, An Integrated Industrial Policy for the Globalisation Era. Putting Competitiveness and Sustainability at Centre Stage, COM(2010) 614, Brüssel, 2010.
- Europäische Kommission, A Stronger European Industry for Growth and Economic Recovery. Industrial Policy Communication Update, COM(2012) 582, Brüssel, 2012.
- Lin, J. Y., Monga, C., "Growth Identification and Facilitation. The Role of the State in the Dynamics of Structural Change", World Bank, Policy Research Working Paper, 2010, (5313).
- Monopolkommission, Wettbewerbspolitik im Schatten "Nationaler Champions", 15. Hauptgutachten, Bonn, 2004.
- Monti, M., A New Strategy for the Single Market: At the Services of Europe's Economy and Society. Report to the President of the European Commission José Manuel Barroso, Brüssel, 2010.
- OECD, Perspectives on Global Development 2013: Industrial Policies in a Changing World, Paris, 2013.
- The Economist, Picking Winners, Saving Losers. Briefing: The global revival of industrial policy, 5. August 2010, S. 54-56.
- Tichy, G., "What do we know about success and failure of mergers", Journal of Industry, Competition and Trade, 2002, 1(4), S. 347-394.
- Warwick, K., "Beyond Industrial Policy: Emerging Issues and New Trends", OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, 2013, (2).